

Weder «grün» noch «liberal»:

Wenn von Digitalisierung die Rede ist, sprechen Politiker/innen meist davon, dass es darum gehe, die damit einhergehenden Probleme zu bewältigen, die Grünliberalen des Kantons Schaffhausen schreiben in ihr Wahlprogramm hingegen ausdrücklich, dass sie die Digitalisierung (aktiv) fördern wollen.

Eine forcierte Digitalisierung widerspricht nun aber klar dem Grundsatz der Nachhaltigkeit. Beschleunigte Digitalisierung bedeutet in verschiedener Hinsicht Raubbau an der Natur, und zwar insbesondere an unserer menschlichen Natur, an unserer zwischenmenschlichen Kommunikation, die zunehmend in Muster von maschinellen technischen Abläufen hineingezwängt wird. Die menschliche Kommunikation verkümmert zunehmend in Selbstoptimierungs- und Selbstdarstellungszwängen, denen sich insbesondere Jugendliche nur schwer entziehen können. Die digital durchgetakteten, sich im Alltag ausbreitenden Kommunikationsmuster führen allmählich zum Verlust des uns Menschen - von Natur und Kultur - mitgegebenen reichen und vielschichtigen Kommunikationspotentials. Hat die Digitalisierung ein zu hohes Tempo, zerstört sie Existenzgrundlagen und zwischenmenschliche Beziehungsnetze und nivelliert die menschliche Lebenswirklichkeit zusehends auf maschinenkompatible und maschinengesteuerte Abläufe. Forcierte Digitalisierung und Innovation wie sie insbesondere von den Mensch-Maschine-Verschmelzungsideologen des Silicone Valleys propagiert und vorangetrieben werden, treiben diesen Raubbau an der menschlichen Natur auf die Spitze. Das Verhältnis dieser Innovationsturbos zur Natur ist dasjenige ihrer Beherrschung und nicht dasjenige der Kommunikation mit ihr. Die einseitige Orientierung an der Naturbeherrschung hat nun aber gerade zur heutigen ökologischen Krise geführt. Die Lösung dieser Krise kann nicht durch noch mehr Naturbeherrschung erfolgen. Ob sich die Grünliberalen mit ihrer (womöglich etwas unreflektierten) Digitalisierungspropaganda der Gefahren und Risiken einer ungebremsten Digitalisierung für die menschliche und aussermenschliche Natur bewusst sind, darf bezweifelt werden. In der forcierten Propagierung der Digitalisierung kann ich jedenfalls, wie dargelegt, keine nachhaltige, im politischen Sinne «grüne» Perspektive erkennen.

Forcierte Digitalisierung widerspricht sodann auch der «Liberalität», im Sinne der konkreten persönlichen Freiheit des Individuums. Mit zunehmender Durchdigitalisierung unseres Alltags (digitale Tickets, Handy-Ortungsfunktionen, Zugangscodes, Datenspur im Internet, Gesundheits-Optimierungs-Apps, Preisgabe persönlicher Inhalte an Tech-Konzerne, Gesichtserkennung, Bewegungsprofile, algorithmische Persönlichkeitsprofile, Erfassbarkeit gigantischer Datenmengen, etc)

nimmt auch die Überwachbarkeit (und die effektive Überwachung, siehe NSA) der betroffenen Menschen zu, ebenso schreitet die Durchlöcherung und allmähliche Auflösung ihrer Privatsphäre voran. Je mehr hocheffiziente Techniken entwickelt werden, umso grösser werden die durch diese Techniken entstehenden Sicherheitsprobleme (z.B. Gefahr der kriminellen Anwendung). Diese wirklichen oder angeblichen Sicherheitsprobleme führen sodann zu noch mehr Überwachung. Forcierte Digitalisierung zieht somit unweigerlich auch zunehmende Überwachungs- und Kontrollinteressen des Staates und der privaten IT-Konzerne nach sich. In politischer Hinsicht ist unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Freiheit zur Digitalisierung eher eine bremsende und regulierende Politik angezeigt. Eine explizite Förderung der Digitalisierung, wie sie die Grünliberalen in ihrem Wahlprogramm vorsehen, ist somit nicht nur alles andere als «grün», sondern zudem auch alles andere als «liberal».

Christof Brassel 17.9.2020